

Ressort Bildung hat neuen Chef

Gemeindeverband Der Bereich Bildung des Verbands der Luzerner Gemeinden wird künftig von **Markus Riedweg** (CVP, Bild) geleitet. Der 48-jährige Gemeindepräsident von Dagmersellen setzte sich gestern Abend in Sempach in einer Kampfwahl gegen vier weitere Kandidaten durch: **Marco Frauenknecht** (SVP, Kriens), **Kilian Graf** (CVP, Dierikon), **Carmen Holdener-Oechsli** (CVP, Meggen) und **Irene Wüest Häfliger** (FDP, Eich).

Nötig wurde die geheim durchgeführte Wahl, weil **Ursi Burkart-Merz** (CVP, Adligenswil) zurückgetreten ist. (nus)

Doppelt so viele müssen repetieren

Bildung Nach den Sommerferien treten 4050 Schülerinnen und Schüler der 6. Primarklasse in die Sekundarstufe I über. Wie die Staatskanzlei nun mitteilt, besuchen derzeit mehr Buben als Mädchen die 6. Primarklasse. Die Folge: Zum ersten Mal seit zehn Jahren treten mehr Buben (51,5 Prozent) als Mädchen (48,5 Prozent) ins Gymnasium ein. Die Eintrittsquote in die Gymnasien der städtischen Gebiete ist höher als in den ländlichen. Die kantonale Übertrittsquote ins Gymnasium liegt mit 19,5 Prozent im Durchschnitt.

39 Prozent der Lernenden wechseln in die Integrierte Sekundarschule, während 38 Prozent die Kooperative Sekundarschule und die restlichen 23 Prozent das Modell der Getrennten Sekundarschulen besuchen werden. In die Sonderschule treten im Herbst acht Jugendliche ein und 19 müssen die 6. Primarklasse repetieren. Letzteres entspricht einer Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr. Ob es eine Auswirkung der Pandemie ist, sei eine Vermutung, könne aber nicht bestätigt werden, sagt Dienststellenleiter Volksschulbildung Aldo Magno. (sok)

Gemeinden haben Nachholbedarf

Nur zehn von 80 Kommunen sind auf den sozialen Medien wirklich aktiv. Der Zeitaufwand schreckt viele ab.

Niels Jost

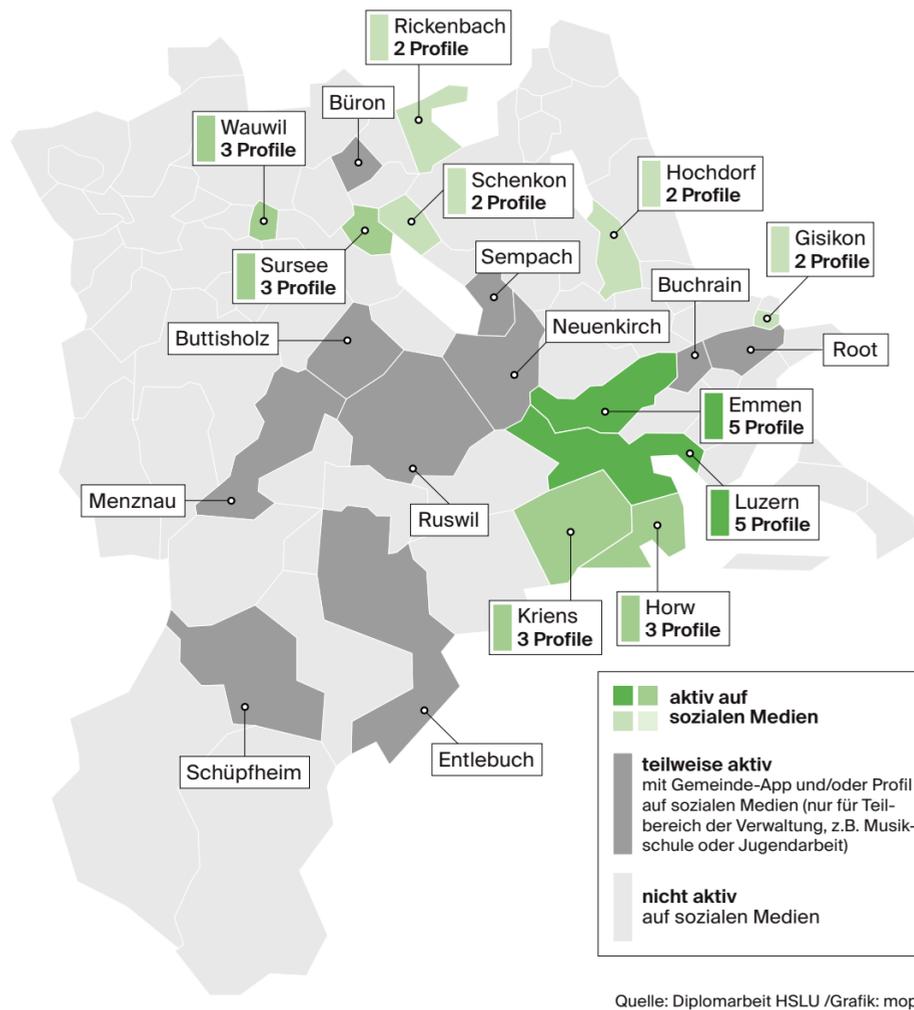
Viele Gemeinden stehen vor einer grossen Herausforderung: Mit traditionellen Kommunikationsmitteln erreichen sie immer weniger Bürger. Gerade die junge Bevölkerung schenkt dem Anschlagbrett vor dem Gemeindehaus oder dem Gemeindeblatt genauso wenig Beachtung wie Zeitungen, Radios oder Fernsehen. Die Lösung scheint simpel: Mit Facebook, Instagram oder Youtube stehen digitale Informationskanäle bereit, mit denen insbesondere ein jüngeres Publikum erreicht werden kann.

Doch nur die wenigsten Luzerner Gemeinden machen davon Gebrauch. Dies zeigt eine Studie von drei Frauen, die nun das Fähigkeitszeugnis als Gemeindeforschlerin erlangt haben. Für ihre Diplomarbeit im Lehrgang Verwaltungsmanagement an der Hochschule Luzern haben Sarah Löttscher (29) aus Rothenburg, Nadine Illi (28) aus Vitznau und Sara Di Giulio (28) aus Stansstad die Social-Media-Aktivitäten der 80 Kommunen untersucht. Ihre Erkenntnis: Nur zehn Gemeinden verfügen über eines oder mehrere Profile auf Facebook, Instagram, Twitter, Youtube, LinkedIn oder Xing. Dies sind Luzern, Emmen, Kriens, Horw, Hochdorf, Sursee, Rickenbach, Schenk, Wauwil und Gisikon.

Drei Viertel sind nicht auf Social Media anzutreffen

Weitere zehn Ortschaften sind zwar auch digital unterwegs, greifen aber vielmehr auf eine Gemeinde-App wie Crossity zurück oder sie haben nur für einen Teilbereich der Verwaltung ein Profil, zum Beispiel für die Musikschule, Bibliothek oder Jugendarbeit. Dies habe die Datenerhebung erschwert; sie hätten teils nicht abschliessend klären können, ob ein Profil offiziell von der Gemeinde betreut werde oder von Privaten, bemerkten die Autorinnen der Studie. Auch aufgrund laufender Anpassungen der Online-Aktivitäten könnte es

Diese Gemeinden sind auf den sozialen Medien aktiv



im Einzelfall Abweichungen in ihren Daten geben.

Zu den teilweise aktiven Gemeinden zählen sie Sempach, Neuenkirch, Schüpheim, Entlebuch, Buttisholz, Ruswil, Büron, Menznau, Buchrain und Root. Die restlichen 60 Gemeinden sind nicht auf den sozialen Medien aktiv. «Diese hohe Zahl hat uns überrascht», sagt Sarah Löttscher. Viele Gemeinden würden kein Profil anlegen, weil sie dies mit einem zu grossen zeitlichen Aufwand und einem zu geringen Nutzen verbinden würden.

«Diese Befürchtung konnten wir aber aus dem Weg räumen», sagt Löttscher, die bei der Gemeinde Emmen arbeitet. Denn ihre Umfrage habe gezeigt, dass die meisten aktiven Gemeinden gute Erfahrungen mit den sozialen Medien machen würden. So würden die Bürger die Online-Präsenz schätzen. Auch der dadurch mögliche Austausch stosse auf positive Resonanz. «Erstaunlich ist: Keine dieser Gemeinden gab an, dass die Bewirtschaftung zu zeitintensiv ist», fasst Löttscher zusammen.

Dies dürfe man aber nicht für bare Münzen nehmen. Schliesslich seien die Gemeinden, die ein Online-Profil aufweisen, unterschiedlich aktiv. So teile beispielsweise Horw alle paar Tage einen Facebook-Post, in Hochdorf geschehe dies wenige Male pro Monat und in Rickenbach datiere der letzte Eintrag vom März 2020. «Manche Bürger wussten gar nicht, dass ihre Gemeinde auf den sozialen Medien aktiv ist», sagt Nadine Illi.

Die Verwaltungsangestellte von Weggis führt die unter-

schiedlich hohe Präsenz auf verschiedene Faktoren zurück. Entscheidend seien sicherlich die zeitlichen und personellen Ressourcen in den unterschiedlich grossen Verwaltungen. Aber auch die Zusammensetzung der Gemeindebehörde und das Gemeindeformat könnten ausschlaggebend sein. Illi: «Bei kleineren Gemeinden sind die Gemeinderäte häufig nicht nur strategisch, sondern auch operativ tätig. Besteht das Gremium beispielsweise aus eher älteren Personen, die wenig online affin sind, ist die Einführung von Social Media wohl kein Thema.»

Klare Strategie mit realistischen Zielen

Diese Zurückhaltung ist für Löttscher, Illi und Di Giulio teils verständlich. Denn zu den Risiken von sozialen Medien zählen sie Shitstorms – also viel negative und teils schmähende Kritik –, Datenschutzprobleme oder der Verlust des direkten Kontakts zu den Bürgern. Für die Studienautorinnen überwiegen allerdings die Vorteile wie die Erschliessung eines zeitgemässen und kundenorientierten Kommunikationskanals, niederschwelliger Zugang zu schneller Information oder der Übergang vom Monolog zum Dialog. Facebook und Co. könnten auch für Marketingzwecke oder für die Gewinnung von neuem Personal eingesetzt werden.

«Es kann sich für jede Gemeinde lohnen, auf Social Media zu setzen», bilanziert Sara Di Giulio. «Wichtig ist jedoch, eine klare Strategie zu entwickeln, mit Zielen, die auch umsetzbar und kontrollierbar sind», sagt Di Giulio, die beim Grundbuchamt in der Kantonsverwaltung arbeitet. Zudem sollten alle Entscheidungsträger hinter dieser Strategie stehen.

Die Studie scheint auf offene Ohren zu stossen. Einige Gemeinden hätten bereits ihr Interesse angekündigt. Vielleicht präsentiert sich die Landkarte der digitalen Gemeinden bald schon anders.

Freiamt

Gewalttätige Tierhorterin verliert in Muri vor Bezirksgericht

Die psychisch kranke 30-Jährige hat eine Mitarbeiterin des Veterinärarnamtes tödlich angegriffen. Auch ihr Tierhalteverbot hat sie ignoriert.

Marianna* erscheint an diesem Hochsommertag in einer dicken schwarzen Jacke, Leggings und Wanderschuhen vor dem Murianer Bezirksgericht. Sekundiert wird sie von ihrem Lebenspartner Kevin*. Er ist IV-Bezüger, sie lebt von Sozialgeld. Die gemeinsame Wohnung teilt das Paar mit seinen Tieren. Mit zu vielen.

Bei diversen Kontrollen des Veterinärarnamtes kam zu Tage, dass sich einige der Tiere in einem schlechten Zustand befanden. Aus diesem Grund wurde ein beschränktes Tierhalteverbot ausgesprochen. Zu verantworten hatte die 30-Jährige diverse Vergehen gegen das

Tierschutzgesetz sowie Gewalt und Drohung gegen Behörden. Der Staatsanwalt forderte eine Freiheitsstrafe von acht Monaten unbedingt, eine Busse von 1000 Franken sowie 180 Tagessätze à 30 Franken.

Nachkontrolle gerät ausser Kontrolle

Ein psychiatrisches Gutachten stellte fest, dass Marianna an einer Borderlinestörung leidet und pathologisch Tiere horet. Diese Befunde seien, in Kombination betrachtet, als sehr schwer einzustufen. Anfang des Jahres 2020 wurde Marianna verboten, mehr als vier Hunde

und fünf Katzen zu halten. Bei der Nachkontrolle des Veterinärarnamtes im Mai vor einem Jahr kam es zur Eskalation. Die Mitarbeiterinnen des Veterinärarnamtes trafen neun Hunde und vier Katzen an, einige Hunde waren deutlich unterernährt. Marianna erzählt, sie habe sich in diesem Moment in die Enge getrieben und wehrlos gefühlt: «Ich wollte meine Beruhigungsmittel in der Küche holen, der Polizist liess mich aber nicht dorthin.»

Die Anwesenheit der Polizei war gefordert, weil man wusste, dass Marianna verbal ausfällig werden kann. Als diese sah, wie ihre Hunde abgeführt wurden,

flipped sie aus, beschimpfte die beiden Frauen als «Schlampen» und würgte eine von ihnen am Hals, was Kevin bestritt.

Anfang des Jahres fand eine weitere Kontrolle beim Paar statt. Dieses Mal trafen die Kontrolleure auf einen unterernährten Pitbullmischling. Die anschliessende Untersuchung ergab, dass der beschlagnahmte Hund mindestens drei Kilos schwerer hätte sein sollen. Beide beteuerten, nicht bemerkt zu haben, dass sie einen Pitbull-Terrier-Mix kauften. Auch die Bilder der Elterntiere, die gemäss Fachleuten eindeutig auf Pitbull-Terrier hinwiesen, machten sie

nicht stutzig. Diesen Februar stiess man bei einer Kontrolle auf fünf unterernährte Katzenwelpen und acht Ratten. Weshalb Marianna wieder mehr Tiere hielt, hatte einen Grund: «Ich bin gegen das Kastrieren von Katzen», sagte sie. Überhaupt zeigte sie sich während der Befragung von Gerichtspräsident Markus Koch wenig einsichtig.

«Sie sind auf dem Radar des Veterinärarnamtes»

Nach drei Stunden Verhandlung fällt Gerichtspräsident Koch das Urteil: acht Monate unbedingt, aufgeschoben zu Gunsten einer ambulanten Behandlung, und

1000 Franken Busse. Zudem wiederrief er zwei Strafbefehle aus früheren Verurteilungen. Sie habe immer weiter delinquent, sogar während der Probezeit, daher sehe er keinen Grund, die unbedingte Strafe – wie das die amtliche Verteidigerin Mariannas forderte – zu verkürzen. Er wisse um ihre psychische Krankheit, dennoch müsse sie die Rechte der Tiere wahren, so Koch. Er mahnte: «Sie sind auf dem Radar des Veterinärarnamtes.»

Nathalie Wolgensinger

Hinweis

Namen der Redaktion bekannt.